

**Vorlage für die Sitzung der
Staatlichen/städtischen Deputation für Inneres
am 08.08.2017**

**Vorlage Nr. 19/140
zu Punkt 06 der Tagesordnung**

Berichtsbitte "Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg"

A - Problem

Mit dem Schreiben vom 10.07.2017 wurde von Herrn Timke um einen schriftlichen Bericht mit dezidierten Fragestellungen zum G20-Gipfel in Hamburg gebeten.

B - Lösung

Die Berichtsbitte wird wie folgt beantwortet:

Frage 1

Wie viele Polizeibeamte aus dem Bundesland Bremen kamen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg in der vergangenen Woche zum Einsatz und wie viele Einsatzstunden wurden von diesen Polizisten abgeleistet (bitte getrennt nach Beamten aus Bremen und Bremerhaven ausweisen)?

Antwort: Anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg wurden 330 Polizeibeamte aus dem Land Bremen eingesetzt, davon 36 Einsatzkräfte der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

Über die Anzahl der geleisteten Einsatzstunden kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden. Die Zahlen werden noch erhoben und ausgewertet.

Frage 2

Wie viele Polizeibeamte aus dem Land Bremen wurden bei den Ausschreitungen im Umfeld des G20-Gipfels verletzt, wie viele davon schwer (bitte getrennt nach Beamten aus Bremen und Bremerhaven ausweisen)? Wie viele Betroffene befinden sich aufgrund ihrer Verletzung noch in ärztlicher Behandlung?

Antwort: Insgesamt wurden bei Ausschreitungen im Umfeld des G20-Gipfels 19 Polizeibeamte der Polizei Bremen und ein Polizeibeamter der Ortspolizeibehörde Bremerhaven verletzt. Zwei Polizeibeamte wurden so schwer verletzt, dass sie nicht weiter dienstfähig waren. Mit Stand vom 21.07.2017 befand sich noch ein Polizeibeamter in ärztlicher Behandlung.

Frage 3

Wie viele Polizisten aus Bremen oder Bremerhaven sind durch Geschosse verletzt worden, die mutmaßlich mit Zwillen abgefeuert wurden, und wie viele der Opfer haben durch diese Geschosse so schwere Verletzungen davongetragen, dass sie sich in ärztliche Behandlung begeben mussten?

Antwort: Einsatzkräfte aus Bremen und Bremerhaven wurde nicht durch den Einsatz von vorgenannten Geschossen verletzt.

Frage 4

Wie viele Personen, die dem linksextremen Bremer Spektrum zuzurechnen sind, haben nach den Erkenntnissen des Bremer Verfassungsschutzes an den gewalttätigen Demonstrationen in Hamburg am vergangenen Wochenende teilgenommen?

Antwort: Es ist bekannt, dass sich verschiedene Gruppierungen in Hamburg an den Protesten beteiligt haben. Aktuell liegen keine belastbaren Zahlen über die Teilnahme von Bremer Linksextremisten vor.

Frage 5

Was wurde seitens der Bremer Behörden im Vorfeld unternommen, um polizeibekanntes Angehörige des linken Spektrums von einer Teilnahme an gewalttätigen Aktionen im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel in Hamburg abzuhalten (z.B. durch Gefährderansprache)? Sofern es solche Bemühungen gegeben hat: In wie vielen Fällen ist das geschehen?

Antwort: Die bekannten Gruppierungen und konkreten Personen wurden im Vorfeld intensiv betrachtet und hinsichtlich ihrer Gefährdung eingeschätzt. Diese Einzelbewertungen wurden anschließend gemeinsam mit der Polizei Hamburg ausgetauscht. Maßnahmen an möglichen Gewalttätern wurden sodann zwischen Bund und Ländern abgestimmt. Die durchgeführten Maßnahmen unterliegen der Geheimhaltung. Gefährderansprachen wurden im Vorfeld geprüft, jedoch aus einsatz- und ermittlungstaktischen Gründen nicht durchgeführt. Ebenso wurden keine Betretungsverbote durch die Polizei Hamburg gegen Bremer / Bremerinnen im Zuge des G 20-Gipfels erlassen.

Frage 6

Wie viele der Personen aus Frage 4. sind in Hamburg festgenommen worden und welche Straftaten werden den Betroffenen zur Last gelegt (bitte die Zahl nach Arten von Straftaten unterteilen)? Hat es bereits Anklagen gegen im Land Bremen wohnhafte Verdächtige wegen ihrer Beteiligung an Straftaten anlässlich des G20-Gipfels gegeben?

Antwort: Hierzu sind die Rückmeldungen an die Polizei Bremen noch nicht abgeschlossen.

Frage 7

Wie viele Personen mit Wohnsitz in Bremen oder Bremerhaven sind im Zusammenhang mit dem Hamburger G20-Gipfel in Polizeigewahrsam genommen worden?

Antwort: Nach aktuellen Erkenntnissen kam es zu einer Ingewahrsamnahme einer in Bremen wohnhaften Person.

Frage 8

Stellt die Bremer Justiz im Rahmen der Amtshilfe bereits Ermittlungen gegen Personen aus dem Land Bremen an, die im Verdacht stehen, während des G20-Gipfels in Hamburg politisch motivierte Straftaten begangen zu haben und wenn ja, gegen wie viele? Welche Taten werden diesen Personen konkret zur Last gelegt?

Antwort: Hierzu sind die Rückmeldungen an die Polizei Bremen noch nicht abgeschlossen. Die Polizei Hamburg hat im Nachlauf eine Ermittlungssonderkommission eingesetzt, die unter anderem aus den vorhandenen Video- und Fotomaterialien Personen identifizieren soll, denen Straftaten beweiskräftig zugeordnet werden können.

Frage 9

Gab es anlässlich der Demonstrationen gegen den G20-Gipfel in Hamburg auch im Land Bremen rechtswidrige Aktionen durch Angehörigen der linken Szene und wenn ja, um welche Aktivitäten bzw. Straftaten handelte es sich konkret und wo fanden diese statt?

Antwort: Weder in Bremen noch in Bremerhaven wurden von der Polizei rechtswidrigen Aktionen im Zeitraum des G20-Gipfels festgestellt. Jedoch wurden seit Jahresbeginn 2017 verschiedene Straftaten bekannt, die im Zusammenhang mit dem G 20 Gipfel standen (u.a. Farbschmierereien, Brandanschläge gegen Polizeifahrzeuge, Sachbeschädigungen (Glasbruch) bei Banken und staatlichen Einrichtungen).

Frage 10

Welche Kosten sind dem Land Bremen durch den Polizeieinsatz in Hamburg entstanden? Werden diese Kosten ganz oder teilweise erstattet und wenn ja, in welchem Umfang und durch wen? Werden die Erstattungen als finanzielle Vergütung der im Einsatz angehäuften Überstunden verwendet und damit auf Antrag an die eingesetzten Beamten ausgezahlt?

Antwort: Einsatzbedingte Mehrkosten, wie beispielsweise Verpflegungskosten, Kosten für Unterbringung und Kraftstoff, werden im Rahmen des bestehenden Verwaltungsabkommens durch die Freie und Hansestadt Hamburg übernommen. Die Prüfung der entstandenen Kosten für den Einsatz ist noch nicht abgeschlossen.

Der Innensenator und der Personalrat der Polizei haben sich darauf verständigt, dass im Rahmen des G20-Gipfels angeordnete Überstunden finanziell vergütet werden können. Einsatzkräfte, die anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg eingesetzt wurden, sollen darüber hinaus 3 Tage Sonderurlaub erhalten. Einsatzkräfte, die aufgrund von Dienstplanumstellung auf 12 Stunden-Schichtbetrieb im Land Bremen betroffen waren, erhalten 1 Tag Sonderurlaub.

C - Beteiligung/Abstimmung

Die Ortspolizeibehörde Bremerhaven und das Landesamt für Verfassungsschutz wurden bei der Beantwortung beteiligt.

D - Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis.